

Berlin, den 11.07.2024

Update zur kalten Entmietung in der Fennstraße 31: Bewohner*innen müssen zum 16.07.2024 ausziehen!

Fünfeinhalb Monate mussten die Bewohner*innen der Fennstr. 31 im „Horrorhaus“ (B.Z.) ausharren, ohne fließend Wasser, in der kalten Jahreszeit auch ohne Heizung und bis vor kurzem noch ohne Müllentsorgung. Schnelle und wirkungsvolle Hilfen von Bezirk und Land [blieben aus oder kamen viel zu spät](#).

Nun sollen die verbleibenden Bewohner*innen ihre Wohnungen bis zum 16.07.2024 „leerziehen“, wie es das Bezirksamt Treptow-Köpenick ausdrückt. Wir nennen es eine **faktische Zwangsräumung**, als Ergebnis einer letztlich erfolgreichen „**kalten Entmietung**“ durch den Eigentümer.

Grundlage der bezirklichen Anordnung zum „Auszug“ ist ein Gutachten, das massive Wasserschäden im gesamten Haus feststellt und fast alle Wohnungen für „nicht bewohnbar“ erklärt. Zudem soll der Brandschutz nicht gewährleistet sein. Zu besagtem Datum soll nun das vom Bezirk behelfsmäßig installierte Steigrohr zur Wasserentnahme an der Straßenecke entfernt und der Strom abgestellt werden.

Was weitgehend untergeht, auch im Presseecho auf das letzte Pressegespräch des Bezirkes hin: Es ist der Eigentümer, die IPG V GmbH, die das Haus hat verwahrlosen lassen, die alles versuchte, auch mittels Falschinformationen und Einschüchterungsversuchen, um die Bewohner*innen los zu werden.

Laut Bezirksstadträtin Claudia Leistner werde sich bemüht, alle Menschen in „sozialverträglichen“ Wohnraum zu vermitteln. Um den anvisierten Termin zu halten, wird es für die meisten Betroffenen aber auf eine **temporäre Unterkunft** hinauslaufen, vor allem auf **ASOG-Notunterkünfte** und Obdachlosenheime. Orte, die Betroffene, mit denen wir gesprochen haben, unbedingt meiden wollen. Auch **Ferienwohnungen und Hotelzimmer** sind als Ausweichquartiere im Gespräch. Die Betroffenen jedoch benötigen langfristig gesicherte reguläre Wohnungen. Doch die sind Mangelware. Nun laufen selbst Bewohner*innen mit Mietverträgen Gefahr, in ASOG-Unterkünften zu landen, und das für einen längeren Zeitraum.

Der Bezirk muss alle Hebel in Bewegung setzen, um das zu verhindern. Familien mit Kindern die in der Nachbarschaft zur Schule gehen, benötigen angemessenen Wohnraum im Ortsteil. Gemeinschaftlich wohnende Community-Netzwerke im Haus müssen auch weiterhin zusammenwohnen können.

Der Eigentümer setzt auch zukünftig auf sein **Geschäftsmodell kurzfristiger Vermietungen „gewerblicher Wohnungen“**, die – nach erfolgter Sanierung – noch ganz andere Preise abzuwerfen vermögen. Die in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Bezirk festgelegte zeitweise Beteiligung an den Mietkosten für **temporäre Unterbringung der hinausgedrängten Bewohner*innen** dürfte er locker mit den zukünftig zu erwarteten Renditen verrechnen. Und die Rechte der Mieter*innen hat er mit diesem Vertrag auch gleich mit abgeräumt.

Der Eigentümer der Immobilie gewinnt, geschützt durch Recht und Gesetz. Den migrantisierten und marginalisierten Bewohner*innen aber, mit oder ohne Mietvertrag, wird der Schutz

versagt. Sie sind den **Unwägbarkeiten des Marktes** und einer **markthörigen Politik** in verstärkter Weise ausgeliefert.

Es zeigt sich: Profite und Eigentümer*innen stehen weiterhin im Fokus. Es wird sich wenig bis gar nicht um Mieter*innen geschert, insbesondere, wenn diese migrantisiert und/oder von Sozialleistungen abhängig sind.

Es braucht endlich Strategien für das wirkungsvolle **Vorgehen gegen Problemvermieter*innen** und kalte Entmietung, welche auch vor Enteignungsmaßnahmen nicht zurückschreckt. Es braucht ein wirkungsvolles Vorgehen gegen dubiose, informell agierende Wohnungsvermittler*innen, die die Notlagen Wohnungssuchender ausnutzen und horrenden „Gebühren“ verlangen. Es braucht bedeutend mehr sozialen Wohnungsbau, der den Bedürfnissen in dieser Stadt gerecht wird und effektive Kontrollmechanismen, damit Mieter*innen nicht in vollkommen heruntergekommenen Häusern leben müssen. Und es braucht zugleich eine **Politik, die Armut und Ungleichheit bekämpft und abschafft.**

Schluss mit „Horrorhäusern“ und Horrormieten, her mit dem inklusiven selbstverwalteten dauerhaft gesicherten Wohnraum abseits der Profitlogik!

In prekäre Wohnverhältnisse wie sog. wilde Camps, Trailerparks oder sog. Problemhäuser gedrängte Menschen brauchen unsere Solidarität. Unterstützen wir deren Kämpfe um würdevollen und sicheren Wohnraum, insbesondere jene von Roma* und anderen von Rassismus Betroffenen.

BARE Berlin | Bündnis gegen Antiziganismus und für Roma*-Empowerment

bare.berlin | presse@bare.berlin